

**Verantwortliche Redakteure.**  
Für den politischen Theil:  
**G. Fontane,**  
für Feuilleton und Vermischtes:  
**A. Roederer,**  
für den übrigen redakt. Theil:  
**H. Schmiedehaus,**  
sämtlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
**O. Anortz** in Posen.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei Hn. Dr. Schell, Hofkell.,  
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,  
Hn. Kieck, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei J. Chraplewski,  
in Weieritz bei Hn. Kallias,  
in Breschen bei J. Jodelohr  
u. b. d. Inserat-Annahmestellen  
von G. L. Danke & Co.,  
Haaften & Vogler, Rudolf Klose  
und „Jubiläumbank“.

Nr. 180.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei  
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle  
Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter  
des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 12. März.

Inserate, die sechsgehaltene Petitzeile ober deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an den zugeworfenen  
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 11. März, 11 Uhr.

Die Novelle, betr. die Verbesserung der Oder und der  
Spree, wird in dritter Berathung debattirt angenommen.  
Es folgt die dritte Berathung der Novelle zum Beamten-  
pensionsgesetz.

Dazu liegt ein Antrag Kintelen (Ztr.) vor, auch bei den  
früher im Privatbahndienst beschäftigten Beamten die  
in diesem abgelaufene Dienstzeit mit zu berücksichtigen.

Geheimrath Seidel bittet den Antrag abzulehnen, weil die  
Pensionsverhältnisse dieser Beamtenkategorien bei Uebersitt in den  
Staatsdienst im Einklang mit den Beamten gesetzlich ge-  
regelt worden seien.

Abg. Hansen (frk.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus.  
Abg. Kintelen (Ztr.) bemerkt, daß die frühere Zustimmung  
der Privatbahnenbeamten zu den Pensionsbestimmungen  
keine freie gewesen sei.

Geheimrath Seidel betont, daß bei Annahme des Antrags  
Kintelen das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sei.

Der Antrag Kintelen wird hiermit abgelehnt, die No-  
velle unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Berathung der Novelle zum Pensions-  
gesetz für Volksschullehrer.

Dazu beantragt Abg. Meckner (Zentr.), denjenigen Lehrern,  
welche früher aus dem Schuldienst ausgeschieden waren, dann aber  
wieder angestellt sind, die erste Zeit mit in Anrechnung zu bringen.

Der Antrag wird abgelehnt, die Novelle unverändert  
angenommen, ebenso in dritter Berathung der Entwurf einer  
Haubergordnung für den Kreis Altenkirchen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die  
Aufhebung des bayerischen Gesetzes über das Befahren von Kunst-  
straßen in den ehemals bayerischen Gebietsstücken des Regie-  
rungsbezirks Kassel.

Abg. v. Rauchhaupt (konf.) fragt an, ob die dringend not-  
wendige Landgemeindeordnung für die Provinz Sachsen nicht bald  
an das Haus kommen werde.

Der Entwurf wird unverändert angenommen, ebenso debatte-  
los in dritter Berathung die Vorlage über die Zuteilung der  
Verwaltungsdepartements zum Handelsministerium, in zweiter  
Berathung die Vorlage betr. den Zinsenansatz der Altknaer  
Grundbuchhypotheken im Zwangsversteigerungsverfahren, nach  
unwesentlicher Debatte in zweiter Berathung die Vorlage betr. die  
erleichterte Abveräußerung kleiner Grundstücke.

Der Gesetzentwurf betr. das Ladungsgewicht und die Be-  
leuchtung der Fuhrwerke im Landstraßenverkehr der Provinz  
Schleswig-Holstein wird an die um 7 Mitglieder verstärkte  
Agrarkommission verwiesen.

Der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig  
gemachten Bestände der Hinterlegungskasse für das Jahr 1889 und  
die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1887/88  
werden in einmaliger Berathung für erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf betr. die Feststellung eines Nachtrags-  
etats pro 1890/91 giebt in erster Berathung zu Erörterungen  
keinen Anlaß und wird unmittelbar im Plenum zur zweiten Lösung  
kommen.

Die zweite Berathung des Etats der Ansiedelungskom-  
mission wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Rickert (frk.): Die Stellung, welche die freisinnige  
Partei zu dem Ansiedelungsgesetz einnimmt, ist von uns bei früheren  
Debatten so klar gelegt worden, daß ich nicht nöthig habe, darauf  
näher einzugehen. Das Polengesetz hat unsere Zustimmung nicht  
gefunden, und wir haben keinen Grund, auf jene Abstimmung mit  
irgend welcher Reue zurückzublicken. Die Erfolge der Polengesetze  
haben sich sehr zweifelhaft und zweischneidig gezeigt. Sie enthalten  
nicht eine Politik der Verhöhnung, welche man Staatsbürgern  
gegenüber, die dieselben Rechte haben, wie wir, beobachten sollte.  
Der Reichskanzler hat den Kulturkampf begonnen und mit den  
Kulturkampfgesetzen das Zentrum gestärkt; er hat mit dem Sozial-  
istengesetz die Sozialdemokratie zerschmettern wollen und die  
Sozialdemokraten stärker und kräftiger gemacht (Sehr wahr! links).  
Mit diesem Polengesetz hat er die Polen zurückdrängen wollen, und  
das Polenthum gewinnt an Boden (Lachen rechts und bei den  
Nationalliberalen). Das Polenthum in Westpreußen hat durch die  
Polengesetze ungleichmäßig einen Aufschwung erhalten. Selbst in einer  
rein deutschen Stadt wie Danzig, wo früher polnische Stimmen  
niemals abgegeben wurden, sind jetzt Hunderte von Stimmen für  
einen Polen abgegeben.

Daß Herr v. Puttkamer gerade auf die letzten Wahlen einge-  
gangen ist, nimmt mich Wunder. Er sprach von Scham und Ent-  
rüstung über den Ausfall der Wahlen. Die Herren entrüsteten sich  
ja leicht; wir werden aber in der Reichspolitik sehen, daß Dinge  
von der Regierung jetzt gut geheissen werden, die früher von uns  
befürwortet, aber mit der Entrüstung der nationalen Parteien be-  
antwortet wurden. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.)  
Was soll man zu einem konservativen Politiker sagen, der mit  
solcher Oberflächlichkeit und solchem Mangel an Kenntniß der  
Thatsachen wie Herr v. Puttkamer wagt, hier aufzutreten? (Oh!  
rechts), der sich nicht scheut, die absolut unwahre Behauptung auf-  
zustellen, daß die freisinnige Partei bei den Stichwahlen für die  
Polen eingetreten sei? (Widerspruch rechts.) Herr v. Czarlinski  
hat bereits hervorgehoben, daß die freisinnige Partei in seinem  
Wahlkreise nicht für den Polen gestimmt habe. Schwach ist mit  
Hilfe der freisinnigen Partei gehalten worden gegen den Polen.  
In Thorn sind die freisinnigen Stimmen bei der Stichwahl für  
den Kartellkandidaten abgegeben worden, wie aus dem Wahler-  
gebnisse hervorgeht. In Graudenz-Strasburg hat ebenso der Kartell-  
kandidat die 3000 Stimmen der Freisinnigen, welche beim ersten  
Wahlgang für den Freisinnigen abgegeben wurden, bei der Stich-  
wahl auf sich vereinigt.

Herr v. Puttkamer ist am allerwenigsten zu seinen Behaup-  
tungen legitimirt. Das Wort „national“ hat in Westpreußen stets  
als Deckmantel einer reaktionären Politik gegolten, und es giebt

viele Leute, die nicht Lust haben, sich mit solchen Phrasen einzufangen  
zu lassen. Die Kreise in Westpreußen waren früher überwiegend  
in den Händen der nationalliberalen Partei, bis 1881 plötzlich die  
Konservativen einen Ansturm auf dieselben machten. Damals hatten  
in Graudenz-Strasburg alle Liberalen den gemäßigten Biela auf-  
gestellt. Trotzdem der Wahlkreis gefährdet war, ließ sich Herr  
v. Puttkamer-Plauth von den Konservativen gegen diesen als  
Gegenkandidat aufstellen, und bei den engeren Wahlen wurde  
schließlich der Biela gewählt. Wo war denn damals die Entrüstung  
des Herrn v. Puttkamer? Mit welchem Vergnügen haben nicht  
auch die Konservativen stets die polnischen Stimmen für sich ge-  
nommen! Wenn aber die Freisinnigen einmal polnische Stimmen  
bekommen, dann heißen sie sofort Verräther des Vaterlandes. Wenn  
einige Polen mehr in den Reichstag kommen, so ist das gewiß noch keine  
Landesfalamität, anders aber ist es schon bei der Wahl zu Stadt-  
rathen. Ich erinnere Sie nur an den Fall, der in dieser Be-  
ziehung in Posen sich ereignete. Dort wurde der Chef-Redakteur  
Fontane als Stadtrath von der Regierung wegen seiner Polen-  
freundlichkeit nicht bestätigt. Bei der Nachwahl verbanden sich  
dann aber die Konservativen und die Nationalliberalen mit den  
Polen, um den polnischen Stadtrath zu wählen. Haben Sie da  
auch Scham und Entrüstung empfunden? Die Konservativen haben  
auch J. B. in Thorn-Gulm mit den Polen offen ein Kompromiß  
geschlossen auf Wahl eines polnischen und eines konservativen Kan-  
didaten. Was bedeuten angelegentlich solcher Thatsachen die Worte  
des Herrn v. Puttkamer! Auch Herr v. Czarlinski könnte inter-  
essante Thatsachen erzählen, wie man sich an ihn gewandt hat in  
Bezug auf seine Stellungnahme zu einzelnen Fragen für den Fall,  
daß man in die Lage kommen sollte, für ihn einzutreten gegen  
Leute, die noch unangenehmer sind, also gegen die Freisinnigen.  
Die nationalen Herren sollten bei Zeiten Einsicht halten und sich  
fragen, ob es richtig ist, mit dem nationalen Wessensschild gedeckt  
nur Früchte für die reaktionäre Politik einzuharsten. Die Dummen  
hören schließlich auf.

Die ganze Politik und der Druck, der ausgeübt wird, hat nicht  
zur Verhöhnung der Mitbürger in den östlichen Landesstücken ge-  
führt, sondern zu einer Verhärtung des Gegenjades, wie wir ihn  
früher nicht gekannt haben. Wir werden eine solche Politik nicht  
begünstigen, sondern dessen entgegenbleiben, daß die Polen unsere  
Mitbürger sind und gleiche Rechte mit uns genießen. Unsere pol-  
nischen Kollegen wissen wohl, daß sie von keinem Freisinnigen eine  
Unterstützung etwaiger Pläne zu erwarten hätten, die über den Boden  
unserer Verfassung hinausgehen, vielmehr in Bezug auf die Intak-  
haltung des Reiches ebenso unanbar sind, wie Herr v. Puttkamer;  
aber wir glauben, daß eine echt nationale Politik eine volksthüm-  
liche und freiheitliche sein muß. Es wäre ja auch lächerlich, wenn  
die paar Herren versuchen würden, die östlichen Provinzen von  
dem deutschen Reich loszulösen. Die Achtung vor jedem Staats-  
bürger verlangt es, anzunehmen, daß er seinen Eid in Ehren hält,  
und es hat mit Entrüstung und einer gewissen Scham erfüllt, daß  
Herr v. Czarlinski erst noch besonders hier erklären mußte, daß er  
hier sitze kraft der Verfassung. Die Herren haben den Eid auf die  
Verfassung geleistet und wir müssen ihnen daher trauen, daß sie  
keinen Meineid geleistet haben, sondern mit uns stehen auf dem  
Boden der Verfassung. Und da sie das thun, so dürfen wir sie  
nicht als Parasiten behandeln, sondern als ebenbürtige Staatsbürger,  
die von ihrem verfassungsmäßigen Recht eben so gut wie wir Ge-  
brauch machen können. Wir werden daher eine jede Politik be-  
kämpfen, die eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte eines  
Theiles unserer Staatsbürger verlangt. Deutschland ist stark genug,  
um großherzig gegen alle seine Bürger sein zu können, und nun  
auch den polnischen Mitbürgern dasjenige einzuräumen, was ihnen  
auf Grund der von ihnen beschworenen Verfassung gebührt. Diese  
Politik wollen wir heute wie morgen bekämpfen. (Lebhafter Beifall  
links.)

Abg. v. Körber (frk.): Herr Rickert selbst hat nicht bestritten,  
daß einzelne Freisinnige wohl für den Polen gestimmt haben.  
Können nicht gerade diese ausschlaggebend gewesen sein? Warten  
wir einmal die amtliche Wahlstatistik ab. Ich bin der Ansicht,  
daß bei Wahlen zu einem deutschen Parlament ein Deutscher sein  
Polen wählen sollte. Allerdings bin ich damit einverstanden,  
daß die Deutschen und Polen sich gewöhnen sollten, in ihren Ge-  
meinde- und sonstigen Angelegenheiten zusammenzugehen. Auf die  
Thätigkeit der Ansiedelungs-Kommission können wir mit Befriedi-  
gung zurückblicken. Die Erfolge sind besonders der Ansicht des  
Vorherrschenden der Ansiedelungs-Kommission zuzuschreiben. Bei  
einzelnen Maßregeln empfehlen sich allerdings Aenderungen. So  
z. B. sollte die Größe der Stellen, wenn die Bewerber nicht ein  
Nebengewerbe haben oder auswärts arbeiten, mindestens 8 Hektare  
betragen.

Abg. Szmulka (Ztr.): Bei Erlass des Gesetzes hoffte man  
auf zahlreiche russische Ansiedler. Die Hoffnung hat sich nicht er-  
füllt. Die Schwaben, die sich in polnischen Landesstücken ange-  
siedelt haben, werden bald froh sein, ihr gekauft Land bald wie-  
der aufgeben zu können. Die Erfolge des Gesetzes sind nicht be-  
friedigend. Der Kolonisationsplan wird nicht vorgebeugt, sondern im  
Gegentheil, die Gefahr der Kolonisation verstärkt, denn die deut-  
schen Ansiedler müssen doch polnische Arbeiter haben, also polnisch  
sprechen lernen und sich so allmählich polonisiren. Besser als die  
Schwaben würden sich die treuen Oberschlesier eignen, die Deutsche  
sind, aber schon polnisch sprechen können. Wenn etwa 20 bis  
30 000 obereschlesische Kolonisten nach Polen gingen, würden sie  
dort unter denselben Verhältnissen weiter arbeiten, und Deutsche  
wie in Schlesien bleiben, so daß die Gefahr der Polonisierung aus-  
geschlossen ist.

Die Gefährdung gegen die Polen ist politisch unflug, denn im  
Falle eines Krieges mit Rußland wird man bestimmt die Hilfe der  
Polen in Anspruch nehmen müssen. Deshalb sollte man sie endlich  
vernünftiger behandeln. Auf den Ausbruch eines Krieges mit  
Rußland müssen wir jeden Augenblick gefaßt sein. Im Falle eines  
glücklichen Ausfalles des Krieges aber müßten wir etwas für die  
Polen thun, damit wir nicht Nachbarn von Rußland bleiben. Wer-  
den wir z. B. die Ostprovinzen einfach annektiren können?  
(Lachen rechts.) Man sollte also endlich den Polen ihre Rechte  
lassen. (Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Abg. v. Tiedemann (Bomst, frk.): Herr Windthorst hat seine  
Rede für die Polen gestern wohl nur deshalb gehalten, um alle  
seine Mannen zusammenzurufen. Er will sein Guthaben im Ab-  
geordnetenhaus möglichst groß werden lassen, um nachher im  
Reichstage das Facit daraus zu ziehen.

Es ist nicht richtig, daß die Freisinnigen nirgend für die Polen  
gestimmt haben. In Graudenz sind die Freisinnigen zweifellos für  
den Polen eingetreten. Daß das auch die Konservativen gethan  
haben sollen, muß ich entschieden zurückweisen.

Die Kritik des Herrn v. Puttkamer-Plauth über die Thätigkeit  
der Ansiedelungskommission ist vielfach übertrieben. Die Parzellen  
sind nicht zu groß, sondern entsprechen dem Bedürfnis der Ansiedler  
sowohl, als auch dem Gesetz, welches dauerhafte Ansiedlungen, die  
nur auf großen Parzellen möglich sind, verlangt. Auch kann ich  
nicht zugeben, daß die Verzinzung eine zu hohe ist; Staatsgut kann  
nicht umsonst weggegeben werden. Endlich sind die Vorwürfe,  
welche er wegen unbefriedigender Fürsorge für das kirchliche Be-  
dürfnis gegen die Kommission richtet, nicht zutreffend. Was möglich  
war, hat die Kommission auch in dieser Beziehung gethan.

Abg. v. Jazdzewski (Polen): Das Ansiedelungsgesetz hat ledig-  
lich den Zweck der Unterdrückung der polnischen Bevölkerung; wir  
werden es daher auf jede Weise bekämpfen. Man wirft uns stets  
vor, daß wir uns von den Deutschen absondern. Die den Deutschen  
wegen jeden Zusammengehens mit den Polen gemachten Vorwürfe  
thun aber dar, daß man sich umgekehrt von uns abwendet. Wir  
verlangen weiter nichts als Gerechtigkeit, als die von der Ver-  
fassung garantierte Gleichberechtigung. Dann werden wir friedlich  
mit den anderen Parteien zusammen arbeiten.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.): Wir befinden uns  
lediglich in der Abwehr polnischer Agitation. Varias kann man  
eine so arbeitskräftige Partei nicht nennen. Ich gebe zu, daß die  
Polen nicht im Stande sein würden, die Provinzen vom deutschen  
Reich abzutrennen; aber wir müssen Rücksicht nehmen auf die  
Deutschen in den Provinzen, zu deren Schutz das Gesetz gemacht  
ist; es handelt sich um ein Gesetz der Abwehr, nicht des Angriffs,  
wir wollen nicht die Polen verdrängen, sondern nur den Deutschen  
die Möglichkeit gewähren, neben den Polen zu leben. Wir ver-  
folgen damit nur die Grundsätze altpreussischer Politik, in die sich  
Herr Windthorst allerdings nicht mehr hineinleben kann, er, der  
in einer Kleinstaatspolitik groß geworden ist. (Zustimmung rechts.)  
Herr Windthorst hat mit seiner Politik erreicht, daß er im Reichs-  
tag wieder das Jünglein in der Wiege ist. Er scheint sich dieser  
Macht bewußt zu sein und sie auch hier ausüben zu wollen. Aber  
hier ist er nicht das Jünglein in der Wiege, eben so wenig, wie  
im deutschen Reich. (Beifall rechts.) Herr Windthorst verquirt  
religiöse mit nationalen Fragen. Diese wollen wir unter allen  
Umständen trennen.

Abg. Dr. Windthorst (C.): In Hannover, an dessen Politik  
ich Theilnahme habe, habe ich sehr wohl Gelegenheit gehabt, den  
preussischen Nachbar genau zu beobachten, und kann mir über preu-  
sche Politik ein objektiveres Urtheil zutrauen als den Herren,  
welche in Pommern oder Schlesien aufgewachsen sind. Die Polen  
sind von Anfang an widerwärtig behandelt worden, einmal mit  
Strenge unter Flottwell und Grolman, dann wieder mit Milde,  
und die weitere Behandlung zeigt dieselbe schwankende Behandlung.  
Die jetzige strenge Politik wird ihren Zweck ebensowenig erreichen  
wie die Flottwells. Sie werden gründlich Fiasco machen, und für  
politische Anschauungen nur propagandiren. Ihre Politik hat  
Trauer, Thränen und Mißtrauen schon genug im Gefolge gehabt,  
obwohl die Herren aus der Geschichte hätten lernen sollen, daß  
mit dem Schwert und mit physischer Macht allein nichts auszu-  
richten ist.

Die Trennung der nationalen und religiösen Fragen hätten die  
Herren praktisch bei dem Kulturkampf durchführen sollen, wie wir  
es jetzt noch verlangen. Wir werden auch noch mehr erreichen, denn  
der jetzige Reichstag ist günstig für uns. Ich weiß zwar, daß eine  
starke Partei der Ansicht ist, daß der neue Reichstag gar nicht zu  
brauchen sei und aufgelöst werden müsse. (Widerspruch rechts.) Ich  
habe an meine Parteigenossen schon die Aufforderung gerichtet, die  
Waffen für die Wahlen in Stand zu halten, damit die Wahlschlacht  
von Neuem begonnen werden kann.

Wir werden bei den Wahlen zu den Polen keine andere Stel-  
lung wie jetzt einnehmen. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht für  
einen Polen stimmen sollten. Sie sind preussische Staatsbürger wie  
wir. Wir haben in Preußen auch noch andere Volkstämme, warum  
sollen gerade die Polen als minderwerthig gelten? Sie zahlen  
Steuern, stellen Rekruten und haben unsere Schladten mitzuschlagen.  
Gerade in der jetzigen Zeit sollten wir alle anderen Streitigkeiten  
aufgeben, denn wir leben in einem großen sozialen Kampf, der Ana-  
logien nur im Alterthum hat, und alle staatsrechtlichen Parteien  
sollen gegen den gemeinsamen Feind Front machen. Ich blase zum  
Frieden, blasen Sie nicht zum Krieg. (Beifall im Centrum und  
bei den Polen.)

Abg. v. Puttkamer-Plauth, (konf.): Ich bleibe dabei, daß  
mehrfach die Freisinnigen für die Polen gestimmt haben. In  
Graudenz z. B. ist in einer Versammlung eine nur sehr matte  
Empfehlung für den deutschen Kartellkandidaten gegen den für den  
Polen eintretenden Führer der Deutschfreisinnigen zu Stande ge-  
kommen. Daß konservative Wähler früher einmal für einen polni-  
schen Kandidaten eingetreten sind, beruhte nur auf einem Wahl-  
list des polnischen Komites.

Der Eid der polnischen Abgeordneten giebt keine Gewähr für  
das ruhige Verhalten der Polen, da für die 4 Millionen polnischer  
Bürger damit nicht die geringste Garantie gegeben sei. Ich theile  
nicht die Zuversicht des Herrn Rickert. Die polnischen Machina-  
tionen haben es auch dahin gebracht, daß die unter dem Fürsten  
Radzivil gehandhabte Milde in Strenge umgewandelt werden  
mußte.

Was mit dem neuen Reichstag geschehen wird, wird davon  
abhängen, welche Stellung Herr Windthorst jetzt darin einnehmen  
wird. Wir werden abwarten, wie er sich ausnimmt. An die so-  
fortige Auflösung des Reichstages denkt Niemand.

Für mich ist die höchste Staatsraison die Integrität und Sicher-  
heit meines Vaterlandes. Die müssen wir sichern, so lange wir  
noch stark dazu sind. (Zustimmung rechts.) Wir haben den Polen



nicht die Verprechungen gebrochen, ihre Loyalität, das Verhalten ihrer Presse hat strenge Maßregeln notwendig gemacht. Und die Polen haben ihr Verhalten heute, selbst im Abgeordnetenhaus, nicht geändert. Die Polen leben im schroffen Gegensatz zur deutschen Nation, verschließen ihre Häuser den Deutschen und selbst Herr Windthorst würde keine Gnade vor den Augen einer polnischen Dame finden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Rickert (Hr.): Es bleibt unüberlegt, daß in Polen ein Kompromiß zwischen Konservativen und Polen zur Wahl eines polnischen Stadtrats geführt hat. Auf der anderen Seite ergeben die Abstimmungsklisten in Graudenz, daß die Deutschfreisinnigen dort gegen den Polen gestimmt haben. Die Zentralleitung der deutschfreisinnigen Partei hat einstimmig beschlossen, absolute Zurückhaltung allen Parteien gegenüber bei den Stichwahlen zu beobachten. Von einer Direktion von Berlin aus, für die Polen zu stimmen, kann also keine Rede sein. (Ruf: „Freisinnige Zeitung!“) Ist die „Freisinnige Zeitung“ das Organ der Zentralleitung? Die Nationalliberalen haben ja selbst die „Nationalliberalen Blätter“ in Hannover nicht als Parteiorgan anerkannt, obwohl dieselben thatsächlich offizielles Organ der Partei in Hannover gewesen sind. Ich wiederhole, die Polengefeße sind nicht geeignet, den nationalen Staat zu fördern. (Beifall links.)

Abg. Dr. Sattler (nl.): So lange die Polen gute Staatsbürger sind, wollen wir sie nicht bekämpfen, aber gegen die Partei, welche auf Vernichtung des territorialen Bestandes Preußens ausgeht (Ruf von den Polen: Beneid!), müssen wir uns wehren. Das scheint auch Herr Rickert anzuerkennen, in Widerspruch mit seinem Parteifreund Richter, der durch seine „Freisinnige Zeitung“ zu dem Siege der Polen in Graudenz beigetragen hat. Die „Nationalliberalen Blätter“ haben zu der Zeit, als sie die Artikel für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten schrieben, in keinem Zusammenhang mit der nationalliberalen Parteileitung Hannovers gestanden. Uebrigens hat die Parteileitung des Zentrums gerade mehrfach zum Eintreten für den Sozialdemokraten gegen den Nationalliberalen aufgefordert.

Abg. Dr. Windthorst: Ich vertrete bei meinen Anschauungen lediglich einen festen Rechtsboden, die Tenzünfte der Nationalliberalen werde ich niemals lernen. (Heiterkeit.) Daß das Zentrum nicht überall für Sozialdemokraten gestimmt haben kann, zeigt die Wahl des Herrn v. Bennigsen, der sonst nicht durchgekommen wäre. In Gnanau habe ich mit gutem Grunde Stimmhaltung empfohlen, weil das Zentrum in der ersten Wahl gerade den nationalliberalen Kandidaten am meisten bekämpfen mußte.

Abg. v. Puttkamer-Plauth: Die „Freisinnige Zeitung“ hat für die Wahl des Polen in Graudenz gewirkt. Ich habe aber auch noch andere Beweise, daß die Zentralleitung der Freisinnigen von Berlin aus klingenden Einfluß auf die Wahl in Graudenz ausgeübt hat. Ich könnte Namen nennen, thue es aber nicht aus Rücksicht auf den Herrn, von dem ich die Mitteilung habe. (Abg. Rickert: Beschuldigungen ohne Namensnennung!) In Rosenberg-Göbau haben Agenten der freisinnigen Partei für die Polen gewirkt, besonders auf Veranlassung des „ostpreussischen Stauffenberg.“ Hiermit wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt  
Abg. Rickert: Herr v. Puttkamer (Plauth) brachte eine Beschuldigung ohne Namensnennung vor. Ein derartiges Zurückgehen hinter die Anonymität ist sonst nicht Brauch, und ich kann ein solches Verfahren nur als verwerflich bezeichnen.

Abg. v. Puttkamer: Den Namen dessen, der mir die Mitteilung gemacht hat, habe ich keine Veranlassung zu nennen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr (Vorlagen betreffend Notariat und Gerichtskosten, Anträge).  
Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

\* Berlin, 11. März. Die Art, wie die Staatsberatungen im Abgeordnetenhaus geführt werden, erscheint mir verständlich, wenn man annimmt, daß die Fertigstellung des Stats in beiden Häusern vor Beginn des neuen Staatsjahres als ausgeschlossen angesehen wird. Die heutigen sehr lebhaften Verhandlungen beschäftigten sich fast ausschließlich mit Betrachtungen über den neuen Reichstag und die Konsequenzen der Neuwahlen, über die natürlich jeder seine eigene Ansicht hat. Bemerkenswerth war es, daß der hochkonservative Herr v. Puttkamer-Plauth eine Taktik, welche zu einem Konflikt mit dem neuen Reichstage führen würde, z. B. wenigstens als aussichtslos betrachtete, während Herr Windthorst sich gebärdete, als ob ihm nichts lieber sei, als morgen von Neuem in den Wahlkampf zu ziehen. Im Uebrigen benutzte Herr Windthorst auch heute wieder die Gelegenheit, zu versichern, daß das Zentrum nichts anderes erstrebe, als die Wiederherstellung des status quo ante, d. h. des Zustandes, wie er vor Beginn des Kulturkampfes gewesen ist, eine Forderung, die bekanntlich Fürst Bismarck z. B. als unannehmbar bezeichnete. Im Uebrigen ist natürlich an der Regierungsfähigkeit des Zentrums nicht zu zweifeln. Die „Germania“ nimmt mit großem Wohlwollen von der Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“ Notiz, daß die Deutschkonservativen und das Zentrum beides Autoritätsparteien seien. Sie will es aber nicht gelten lassen, daß das Zentrum, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich ausdrückte, die kirchliche Autorität voranstellen und ihr die staatliche erst nachfolgen lassen will. Das Zentrum betrachte Kirche und Staat als zwei auf allen Gebieten selbstständige und unabhängige Gewalten und handle demgemäß. Es wäre nicht uninteressant, die Reden wieder einmal ins Gedächtniß zu rufen, welche Anfangs der 70er Jahre Fürst Bismarck gegen diese Selbstständigkeit der Kirche neben dem Staate gehalten hat. Die Hoffnung des Zentrums, daß die Regierung seine Mitwirkung bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Verleugnung der bisher gültigen Grundsätze über das Verhältniß zwischen Kirche und Staat erkaufen werde, wird sich ohne Zweifel auch diesmal als eine vergebliche ausweisen. — Die vorgestrige Sitzung des Staatsministeriums hat sich, wie verlautet, mit den Ergebnissen der Beratungen des Staatsraths über die Arbeiterschutzfrage und mit der Formulierung der preussischen Vorschläge für den Bundesrath beschäftigt. Wenn in der That dem Reichstage, der ja am 15. April zusammentreten soll, bereits im Beginn der neuen Session eine derartige Vorlage zugehen soll, so wird die Einbringung der Anträge an den Bundesrath nicht lange mehr auf sich warten lassen dürfen. Die Ankündigung, daß auch die sächsische Regierung eigene Anträge betr. den Arbeiterschutz an den Bundesrath stellen werde, scheint zu beweisen, daß im Kreise der verbündeten Regierungen über das Maß der sofort zulässigen Arbeiterschutzbestimmungen die Ansichten auseinander

gehen. Unter diesen Umständen werden die Verhandlungen im Bundesrath nicht ganz so rasch erledigt werden als bisher angenommen wurde. Jedenfalls wird der Inhalt der preussischen Anträge sehr bald bekannt werden, und man wird ja dann sehen, welche Bedeutung die heutige Ausföhrung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat, daß für den Fürsten Bismarck und das Staatsministerium in seiner verantwortlichen Stellung das Gutachten der Staatsrathsabtheilungen nur Material zu Beschlüssen ist, mit anderen Worten, daß das Staatsministerium die Beschlüsse des Staatsraths als unverbindlich ansieht. — Nach Londoner Meldungen hat die englische Regierung auch jetzt noch nicht die Hoffnung aufgegeben, eine Verzögerung des Zusammentritts der Arbeiterschutzkonferenz herbeizuföhren. Die Ansicht, daß die Verhandlungen der Konferenz einen ebenso raschen Verlauf nehmen würden, wie die des Staatsraths, ist schon Angesichts der großen Zahl der Mitglieder, die an den Beratungen Theil nehmen werden, nicht mehr aufrecht zu halten. Für das Erste werden die Konferenzberatungen wohl nur als eine Art internationaler Enquete über die Arbeiterschutzfrage angesehen werden können. Ob nachher die Ergebnisse dieser Enquete zu einer internationalen Vereinbarung föhren, oder ob dieselben lediglich dazu dienen werden, der einzelstaatlichen Gesetzgebung eine im Allgemeinen übereinstimmende Basis zu geben, läßt sich noch nicht übersehen. Bekanntlich haben bisher England sowohl wie Frankreich erklärt, daß sie sich durch die Beschlüsse der Konferenz nicht für gebunden erachten können. Immerhin werden die Verhandlungen von großem Interesse sein.

— Der Kaiser hatte vorgestern Nachmittags mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck eine längere Unterredung, darauf hörte der Kaiser den kriegsgeschichtlichen Vortrag des General-Lieutenants v. Wittich. Gestern früh 8¼ Uhr begab sich der Kaiser in einer vier-spännigen offenen Hofequipage nach Potsdam, um daselbst militärische Besichtigungen abzuhalten. Später gedachte der Kaiser einer Einladung des Offizier-Korps des Regiments Gardes du Corps zur Tafel zu entsprechen.

— Die Kaiserin Friedrich wohnte vorgestern Vormittag einer Prüfung in der Friedrichstiftung, Gütshiner Straße, bei. Am Abend war die Kaiserin Friedrich mit ihren Töchtern Viktoria und Luise Margaretha zum Jahresfeste in der Berliner Luisenstiftung in der Markgrafenstr. 10 anwesend.

— Die Prinzessin Albrecht hat sich mit ihren beiden ältesten Söhnen gestern Mittag ebenfalls nach Braunschweig zurückbegeben. Der Prinz Albrecht wird sich demnächst zu mehrwöchentlicher Kur nach Wiesbaden oder Baden-Baden begeben.

— Die Wahrheit über den Staatsrath erfährt man aus zwei Artikeln, von denen der eine in der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der andere in der „Post“ veröffentlicht ist und die sich gegenseitig ergänzen. Der „Norddeutschen“ zufolge

## Gesellschaft und Kirche in Amerika.

Von A. Corvinus.

(Nachdruck verboten.)

Von besonderem eigenartigen Interesse sind die Beziehungen, welche in Amerika — d. h. den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika — zwischen Gesellschaft und Kirche bestehen. Im Allgemeinen muß Jeder, der gesellschaftlichen Verkehr haben will, einer Kirche angehören, und umgekehrt wieder ist Jeder, der einer Kirche angehört, mehr oder weniger gezwungen, gesellschaftliche Kreise zu besuchen. Der Grund für diese Thatsache ist darin zu finden, daß die Kirche in Amerika eine Privateinrichtung ist. Der Staat hat nichts mit der Kirche zu thun, das Einzige, was der Staat für die Kirche thut, ist, daß er von ihr keine Grundeigenthumssteuer verlangt. Die Kirche selbst wird aus Privatmitteln gebaut; der Prediger wird von den Gemeindegliedern bezahlt u. s. w. Hat sich eine Anzahl Glaubensgenossen, wenn man die Anhänger der einzelnen Glaubensbekenntnisse und Sektenlehren so nennen will, zusammengefunden, so heißt es vor Allem „Geld schaffen.“

Das geschieht nun auf die verschiedenartigste Weise. Da sind reiche oder wohlhabende Gemeindeglieder, vielleicht vier oder fünf, welche für das eine Jahr eine bestimmte Summe aus ihrer Tasche als Gehalt für den Prediger aussetzen; Bazare werden veranstaltet, Konzerte und einige Unterhaltungen arrangirt, auch gehen wohl Kirchemitglieder in dem betreffenden Orte mit einem Bauplane oder vielmehr mit Theilen vom Bauplane der Kirche umher, auf dem die Steine des Baues einzeln eingezeichnet sind und nun kann der milde Geber selbst sehen, welchen Stein, der vielleicht mit seinem Namen bezeichnet wird, er der Kirche geschenkt hat. Mit kurzen Worten, das Geld für die Kirche wird durch allerlei Sammlungen zusammengebracht. Der Rest wird durch eine Hypothek gesichert.

Steht die Kirche da, so sucht die Gemeinde die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren, um so für die Kirche größere Einnahmen zu erzielen. Diese Einnahmen bestehen in freiwilligen Beiträgen und den Bezahlungen für die Kirchenföhrer.

Natürlich würde sich nicht leicht Jemand der Kirche anschließen, nur um Sonntags einmal eine Predigt zu hören, und so muß denn daran gedacht werden, irgendwie fesselndere Anziehungen zu schaffen. Diese bestehen darin, daß die Mitglieder literarische oder geschichtliche Klubs, in denen Jeder sein Licht leuchten lassen kann, unter sich bilden, gesellige Zusammenkünfte veranstalten, zu denen die einzelnen Mitglieder ein einfaches Abendbrot liefern, Frauenvereine begründen, in denen Zeug u. s. w. für die Armen angefertigt wird, oder daß besondere hervorragende Personen engagirt werden, um Vorträge zu halten. Das sind alles Dinge, die eigentlich über den Rahmen der Pflichten einer Kirche hinausgehen und einen

gesellschaftlichen Charakter haben, und so kann man die enge Zusammengehörigkeit von Gesellschaft und Kirche hier genau erkennen.

Da nun diese Unterhaltungen nicht in der Kirche selbst stattfinden können, so sind bei fast allen Kirchen entweder Gesellschaftsräume hinten angebaut oder dieselben befinden sich unter der Kirche im Erdgeschoß. Diese Räumlichkeiten bestehen aus Sälen, in denen wohl auch eine Bühne angebracht ist, Damenzimmer, Garderobe und Küche, und sind elegant eingerichtet.

In Folge dieser gesellschaftlichen Unterhaltungen geschieht es, daß die Kirchen gewissermaßen das Bild einer großen Familie bilden, zu der die Vertreter der verschiedensten Lebensstellungen gehören. Die Kirchenmitglieder halten wiederum wie eine Familie zusammen, wenn auch, wie in jener, kleine innere Reibungen einmal vorkommen. Einer hilft hier dem Andern, so daß der Angehörige einer Kirche gegen manche Unannehmlichkeiten des Lebens, wie plötzlichen Verlust der Stelle, weit besser geschützt ist, da in diesem Falle die Mitglieder der Kirche ihr Möglichstes thun würden, um ihm eine neue Stelle zu verschaffen. Eine Kenntniß dieser Verhältnisse wird Jedem, der nach Amerika geht, um dort zu bleiben, von großem Nutzen sein.

Man kann sagen, „der Amerikaner ist nirgends freigebiger und generöser, als da, wo es sich um eine Kirche handelt“; denn an der Kirche, der Jemand angehört, erkennt man so zu sagen, den gesellschaftlichen Stand desselben. Da in Amerika „Geld“ das tonangebende Element ist, so bedeutet „einer reichen Kirche angehören“ dasselbe, wie „zu der ersten Gesellschaft gerechnet zu werden.“

Deshalb ist es aber auch wieder manches Mal schwierig, Zutritt zu einer Kirche zu erlangen, denn man findet nicht in allen große Zuorkommenheit. Während in der einen der neue Besuch ohne Rücksicht auf das Außere aufs Freundschaftlichste bewillkommen wird, während ihm ein guter Platz angewiesen und er gebeten wird, wieder zu kommen, kommt es auch vor, daß der neue Besucher mit kritischen Blicken betrachtet, kaum eingeladen wird, Platz zu nehmen; ja, daß man ihn nicht allein kaum duldet, sondern daß man ihm wohl gar den Besuch des Gottesdienstes und den Eintritt in die Kirche verweigert. Natürlich thut das die Gesellschaft; der Geistliche kann nichts daran ändern; er wird ja bezahlt und muß still sein.

Allerdings spielt in diesem Punkte ein wichtiger Faktor mit! Es kommt häufig vor, daß fremde Besuche nur der musikalischen Anziehungen halber, die jene Kirche beim Gottesdienste bilden, hingehen und nach Beendigung derselben, vor der Predigt selbst wieder fortgehen. Um dieses Alles zu ver-

stehen, muß man die amerikanische Kirche, ihre innere Einrichtung und die Art ihrer Gottesdienste gesehen haben. Bei vielen Kirchen — den modischen — glaubt man eher in einem Konzertsaal oder in einem Theater zu sein als in einem Gotteshaus. Der Fußboden ist mit schweren Teppichen ausgelegt, die Sitzplätze sind kräftig gepolstert und im Hintergrund befindet sich eine Art Bühne, auf der der Pastor sich, so lange der musikalische Theil des Gottesdienstes dauert, in einem gepolsterten Sessel oder auf einem Sopha niederläßt. Die Gemeinde singt im Allgemeinen sehr wenig, dafür ist das engagierte Quartett — zwei Herren und zwei Damen — die oft brillant bezahlt werden, ein Doppelquartett oder auch ein Chor da. Was die Prediger anbelangt, so beschränken sich diese nicht allein auf die Auslegung der Bibel, sondern sie behandeln auch Fragen der Politik, besprechen vielleicht irgend ein neu erschienenes Buch, welches Aufsehen erregt hat, erörtern irgend welche Tagesfragen, kurz es sind das mehr interessante Vorträge als Predigten. Je sensationeller die Predigt ist, deren Thema meist schon Tags vorher in den Zeitungen bekannt gemacht wird — um so besser für die Kirche, denn um so mehr Leute werden die Kirche dann besuchen.

Natürlich sind die Kirchen im Winter alle geheizt, während im Sommer in der heißen Jahreszeit meist Ferien sind. Auch sieht man die Damen ruhig während des Gottesdienstes sich mit dem Fächer Kühlung zuwenden; in vielen Kirchen liegt neben dem Hymnenbuche auf den einzelnen Plätzen sogar der Fächer. Im Sommer wird auch stets dafür gesorgt, daß der Altar mit frischen Blumen geschmückt — decorirt — ist und es wechselt meist unter den Damen der Kirche ab, wer dafür zu sorgen hat.

Die Kirchen haben eine jede ihre sogenannte Sonntagschule, in der die Kinder der Gemeindeglieder durch den Prediger und einige Mitglieder der Kirche Religionsunterricht erhalten, da ja in den Schulen ein solcher nicht erteilt wird. Auch die Angehörigen der Sonntagschulen — die Kinder — haben wieder ihre Clubs und halten im Sommer Picknicks ab. Meist ist ein Tag im Jahre, ein Sonntag Nachmittags oder Abend den Kindern gewidmet, an dem sie vor versammelter Gemeinde deklamatorische oder musikalische Vorträge liefern und natürlich als außerordentlich begabte Kinder reichen Beifall ernten. Ein Sonntag im Jahre gehört auch insofern den Kindern, als an ihm der Pastor eine Predigt für die Kinder zuschneidet und eigentlich nur für sie predigt.

So geht in der amerikanischen Kirche im Allgemeinen der Gottesdienst mit gesellschaftlichen Pflichten, Unterhaltung mit Belehrung, Ernst mit Scherz, kirchliche Strenge mit weltlichen Freuden Hand in Hand. Das gesellschaftliche Leben stützt sich auf die Kirche, das kirchliche Leben auf die Gesellschaft.



sind die Gerüchte, Fürst Bismarck habe während der Verhandlungen des Staatsraths gegenüber den sozialpolitischen Anregungen eine ablehnende Haltung beobachtet, thatsächlich unrichtig, da Fürst Bismarck den Ausschlußberatungen nur in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Staatsraths beigewohnt, und sich infolge dessen an den Verhandlungen überhaupt nicht betheiligt hat; was die Haltung des Kaisers betrifft, so erklärt die Post alle bezüglichlichen Meldungen für Mythenbildungen. Der Kaiser habe sich während der Verhandlungen einmal zu einer bündigen Erklärung über die Gründe erhoben, welche ihn veranlaßt hätten, als Staatsoberhaupt in den Gang des großen Strides im vergangenen Frühjahr einzugreifen. Diese sehr bemerkenswerthe Rede habe in dem Saal „caveant Consules“ gegipfelt. Die „Post“ tritt vor allem der Meinung entgegen, daß der Kaiser sich gegen die Haltung der Großindustriellen erklärt habe. Die Gesetzgebung, meint sie, werde in vielen Punkten kaum das fordern können und dürfen, was die Großindustriellen wie Stumm, Krupp und Baare schon freiwillig geleistet hätten.

Der „Reichsanzeiger“ enthält heute folgende Mittheilung: Se. Majestät der Kaiser haben Allernachst geruht, dem ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, Krüger, den Charakter als Geheimen Regierungsrath zu verleihen. Dieser Herr Krüger ist der bekannte Polizeirath, der im Auswärtigen Amt als Leiter der politischen Polizei fungirt.

Der Wiedereintritt des Freiherrn v. Schorlemer-Mest ist in das parlamentarische Leben wieder nach Telegrammen der „Schles. Volksztg.“ von gut unterrichteter Seite auf einen eigenhändigen Brief des Kaisers zurückgeführt, in welchem Herr v. Schorlemer zur Wiederannahme eines Mandats aufgefordert wird. Der Brief ist unmittelbar nach Freiherrn von Franckensteins Tode geschrieben.

Wie jetzt bekannt wird, hat der Bundesrath zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung von Gewerbegerichten, eine ganze Reihe von Aenderungen beschlossen, welche zumeist redaktioneller Natur sind. Von Wichtigkeit sind folgende vom Bundesrath beschlossene Bestimmungen:

„Auf Streitigkeiten der in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben beschäftigten Arbeiter mit ihren Arbeitgebern finden die Bestimmungen dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß die Errichtung von Gewerbegerichten, deren Zuständigkeit auf die vorbeschriebenen Betriebe beschränkt wird, unabhängig von den Voraussetzungen des § 1, Absatz 4 durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde erfolgen kann. Für diese auf Grund der letzteren Bestimmungen errichteten Gewerbegerichte gelten die nachstehenden besonderen Vorschriften. . . Die Bestimmungen des letzten Satzes im Absatz 2 des § 4 findet keine Anwendung. Die Kosten der Gewerbegerichte werden, soweit sie in deren Einnahmen nicht Deckung finden, vom Staate getragen. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden von der Landes-Zentralbehörde oder von der durch diese damit beauftragten Behörde ernannt. Zur Bewirkung der Zustellungen können an Stelle der Gerichtsvollzieher oder Gemeindebeamten andere Beamten verwendet werden. In wie weit den Arbeitgebern im Sinne der §§ 10–12 die mit der Leitung eines Betriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleichstehen, wird durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde bestimmt. Die Bestimmung des § 57, Absatz 3 findet, so weit sie sich auf Besitzer bezieht, keine Anwendung.“

Wie seinerzeit mitgetheilt, hat das Reichsversicherungsamt beim Bundesrath die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesammte Handwerk von Neuem in Anregung gebracht. Mit diesem Gedanken hat man sich bereits seit längerer Zeit beschäftigt, und hatte das Reichsversicherungsamt auch schon früher eine darauf bezügliche Denkschrift ausgearbeitet. Eines der ersten Gewerbe, auf welches die Unfallversicherung ausgedehnt werden wird, dürfte das der Seefischer sein. Hierfür ist bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet. Da der Gewerbebetrieb der Seefischer von dem der Seeschiffer außerordentlich verschieden ist, es auch bei dem ersteren in der Regel an leistungsfähigen Arbeitgebern fehlt, so hat man davon Abstand genommen, die Seefischer mit in die See-Berufsgenossenschaft einzubeziehen, die Unfallversicherung für sie vielmehr selbständig zu regeln beabsichtigt. Es ist wie der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Staatsminister von Bötticher schon in der Reichstagsitzung vom 20. November v. J. bemerkt, möglich, daß dieser Gesetzentwurf in einer nicht zu fernem Frist dem Reichstage zugehen wird.

Der Botaniker Dr. Breuß, welcher früher bereits auf der Arabi-Station im Hinterlande des Kamerungebirges thätig war, ist, der „Krzg.“ zufolge, in den Dienst der ehemals kaiserlichen Expedition in Watanga (Südamerika) getreten und vor einigen Tagen bereits abgereist, um sich nach Westafrika zu begeben. Mit seiner Antunft werden in Watanga bei der Expedition sich wieder vier Deutsche befinden, nämlich als Leiter der Premier-Lieutenant Morgen, der öfters genannte Hörhold, ein früherer Polizeibeamter, ein Herr Jenker, den Hauptmann Kund an der Westküste bei seiner Anwesenheit in Dienst nahm, und endlich Dr. Breuß.

Der Afrikareisende Dr. Zintgraff, der sich zur Erholung kurze Zeit auf der Insel Madeira aufgehalten hat, wird nach neueren Nachrichten Anfang April in Berlin eintreffen. Man darf dann vor Allem nähere Aufschlüsse über den kühnen Marsch von Kamerun zum Venus erwarten, der nach Hegels leider so unglücklich verlaufenen Versuche, umgekehrt vom Venusgebiet aus nach Kamerun hin vorzudringen, als der bedeutendste geographische Erfolg der Zintgraffschen Unternehmung bezeichnet werden darf.

Der als Sachverständiger von dem Staatsrath benommene Ruzer Buchholz sprach sich kürzlich in dem Fachverein der Ruzer über die Affordarbeit aus, die nach dem sozialdemokratischen Schlagwort „Mordarbeit“ ist. Herr Buchholz äußerte hierbei Anschauungen, die von denen seiner Gefinnungsgenossen abweichen. Der „Magd. Ztg.“ wird darüber berichtet: „In der Lohnbewegung des vergangenen Jahres suchten die Maurer sie zu beilegen, hatten damit aber kein Glück, umso mehr, als die Ruzer erklärten, daß die Abschaffung der Affordarbeit in ihrem Gewerbe unmöglich sei. Die Maurer gingen also allein vor, da die Ruzer schmolldend bei Seite standen; das Ende vom Liede war, daß die Affordarbeit im Herbst vorigen Jahres in einem Umfang ausgesetzt wurde, wie noch nie zuvor. Jetzt haben sich die beiden Gewerke wieder genähert und in einer Maurerverammlung, an der sich die

Ruzer auch recht lebhaft betheiligten, wurde der Gedanke einer Gesamt-Organisation ausführlich besprochen, um die übrigen Maurerforderungen — 60 Pfg. Stundenlohn und neunstündige Arbeitszeit — durchzusetzen. Der Ruzer Dietrich erklärte die Affordmauererei für die verwerflichste Einrichtung, während das Affordsystem der Ruzer ein ganz anders geartetes sei, dessen Abschaffung freilich auch zu erstreben wäre. In der Ruzerverammlung wandte sich nun der Ruzer Buchholz unter Beifall scharf gegen alle Bestrebungen, die Affordarbeit aus der Welt zu schaffen; nur dann könne er für eine Gesamtorganisation beider Gewerke eintreten, wenn die Maurer die Affordarbeit in ihren Tarif aufnahmen. Das von den radikalen Elementen der Gewerkschaftsbewegung ausgegangene Programm „Affordarbeit ist Mordarbeit“ stößt also, wie man sieht, auf heftigen Widerstand bei besonnenen Arbeitern, die eine gleichmäßige Bezahlung aller Gewerkschaften, gleichviel ob Stümper oder Meister in ihrem Fach bekämpfen, und einer dieser Kämpfer ist eben der so viel genannte Ruzer Buchholz.“

**Königsberg, 8. März.** Eine Massenansammlung beschäftigungsloser Arbeiter fand gestern wieder vor dem Rathshaus statt. Oberbürgermeister Selke empfing eine Deputation von zehn Mann und versprach nach Anhörung derselben, sein Möglichstes in Bezug auf die Zuwendung von Arbeit an Beschäftigungslose zu thun. Die Deputation theilte dies den Draufstehenden mit, worauf sich die Gefommenen wieder entfernten.

## Schweden und Norwegen.

**\* Christiania, 9. März.** Am 21. Februar brachten 10 Mitglieder der Linken unter Führung des Radikalen Allmann eine Adresse folgenden Inhalts im Storting ein:

Das Storting ersucht Ew. Majestät in Unterthänigkeit und auf Grund der Ew. Majestät durch § 26 der Verfassung zugesprochenen Befugniß, mit fremden Mächten Vereinbarungen zu dem Zweck treffen zu wollen, daß eventuelle Streitigkeiten zwischen Norwegen und jenen Mächten durch Schiedsgerichte entschieden werden, und stellt das Storting Ew. Majestät anheim, die erforderlichen Maßnahmen in dieser Hinsicht treffen zu wollen.

In den Motiven zu diesem Antrage wurde von den Antragstellern auf den im Juni vorigen Jahres von dem Friedenskongreß in Paris gefaßten Beschluß verwiesen und die Barbarei, sowie der Fluch des Krieges betont. Das Storting hat nun, der „Wes. Z.“ zufolge, die Adresse mit 89 gegen 24 Stimmen angenommen; es stimmten für dieselbe beide Gruppen der Linken und 28 Mitglieder der Rechten. Der Ministerpräsident Stang erklärte, daß er mit dem in der Adresse ausgesprochenen Gedanken sympathisire, der Antrag sei aber zu unpraktisch, um ihn zur Annahme empfehlen zu können. Die Sache ist nämlich die, daß in Folge der staatsrechtlichen Verbindung Norwegens mit Schweden Norwegen für sich allein keinen Friedensvertrag mit fremden Ländern abschließen kann. Das einseitige Vorgehen des Storthings ist also zwecklos, falls nicht auch der schwedische Reichstag dasselbe thut.

## Lothales.

**Posen, den 12. März.**

**\* Im Verein junger Kaufleute** hielt vorgestern Abend Herr Professor H. Breßlau aus Berlin einen interessanten Vortrag über „Die Zuger und Welsler, deutsche Handelsfürsten des 15. und 16. Jahrhunderts.“ Wir entnehmen demselben Folgendes: Der Ahnherr des Geschlechts der Zuger ist Johannes Zuger in Graben unweit Augsburg. Derselbe war ein Webermeister; er starb im Jahre 1409 und hinterließ seinem Sohne Jakob ein Vermögen von 3000 Gulden. Dieser trieb ausgedehnte Handelsgeschäfte; er hatte drei Söhne, von denen Jakob, welcher im Jahre 1459 geboren wurde, vom Kaiser Maximilian I. in den Adelsstand erhoben wurde, Kaiser Karl V. erhob die Zuger in den Reichsgrafenstand. Im Jahre 1560 wurde bei Gelegenheit einer Erbtheilung in der Zugerischen Familie ein Vermögen von 630 000 Gulden (ca. 250 Millionen Mark) vorgefunden. Man müßte diese Summen verzehnfachen, um ihre Bedeutung für die damalige Zeit verstehen zu können. Die Zuger in Augsburg waren Finanzgrößen zweiten Ranges; sie haben es nicht so weit gebracht, wie die Zuger. Philippine Welsler, die Tochter Franz Welsers, vermählte sich, wie berichtet wird, im Jahre 1557 heimlich mit Erzherzog Ferdinand, dem zweiten Sohne des Kaisers Ferdinand I. Doch mußte diese Ehe lange Zeit geheim gehalten werden. Die Zuger und die Welsler sind die Repräsentanten einer Geldmacht wie sie Deutschland nie zuvor bejessen hat. Im 14. und 15. Jahrhundert kamen diese beiden Häuser zu großer Blüthe. Sie boten aber auch eine ungeheure Summe von Betriebskraft, Fleiß und Emsigkeit auf. Der Handel war damals von dem jetzigen wesentlich verschieden. Damals wurde Propperhandel getrieben, während jetzt der Expeditions- und Kommissionshandel allgemein üblich ist. Jeder Kaufmann besorgte in jener Zeit seine Einkäufe selbst und mußte zu diesem Zwecke große Reisen unternehmen. Aus den Aufzeichnungen des Lukas Kemm, welcher in dem Hause der Welsler 17 Jahre thätig war, bekommt man ein klares Bild von dem Handel in jener Zeit. Kemm wurde 1489 geboren und begann 1494 seine kaufmännische Laufbahn. Zunächst mußte er Reiten lernen, denn diese Kunst war damals für einen Kaufmann das erste Erforderniß wegen der weiten Geschäftsreisen, die er damals zu unternehmen hatte. Nachdem Kemm es im Reiten zu einiger Fertigkeit gebracht hatte, trat er zu Pferde die Reise von Augsburg nach Venedig an, wo er in einer der vielen Handelschulen die Handelswissenschaften erlernen sollte. Venedig war für die Kaufleute einer der wichtigsten Orte. Es war der Hauptplatz der Produkte Syriens, Indiens, Italiens u. s. w. Der Handel lag hier fast ganz in den Händen der Deutschen. Nachdem Kemm drei Jahre in Venedig gelernt hatte, trat er zunächst auf drei Jahre in den Dienst der Welsler und machte in ihrem Auftrage große Reisen durch ganz Deutschland. Jedes Geschäftshaus hatte nämlich an den Orten, wo es geschäftliche Verbindungen angeknüpft hatte, Niederlagen errichtet, die zum Zwecke der Revision u. bereit werden mußten. Die großen Geschäfte, so auch das der Welsler, waren Aktiengesellschaften, freilich nicht im modernen Sinne. Die „Aktionäre“ betheiligten sich mit einer Einlage, für welche sie mäßige Zinsen, in der Regel nur 5 Prozent erhielten. Die Dividende fiel meistens sehr gering aus. Kemm hatte bei dem Hause Welsler seine Ersparnisse von einigen tausend Gulden zuerst ohne Stimmrecht niedergelegt. Später, als sein Einlagekapital gewachsen war, wurde ihm das Stimmrecht zugestanden. Einst, als man ihm wieder eine sehr geringe Dividende zahlen wollte, trat er aus dem Hause Welsler aus und wurde selbständig. Alle Welt war mit den Welslern unzufrieden. Man sagte, sie seien kluge Leute; daß sie Schelme und Diebe seien, sagte man nicht. Trotz des geringen Gewinntheiles, welchen man Kemm bewilligte, hatte sich sein Vermögen doch in kurzer Zeit vervierfacht. Daraus geht hervor, daß die Firma selbst einen fabelhaft großen Gewinn erzielt haben muß. Bartho-

lomäus Kemm, ein Verwandter des Lukas Kemm, hatte sich an dem Geschäfte der Welsler mit einer Einlage von 900 Gulden (nach Anderen von 500 Gulden) betheiligt und verlangte nach neun Jahren 3300 Gulden als Kapital und Gewinnanteil zurück. 2600 Gulden hatte ihm das Geschäft zugestanden. Hiernach zu urtheilen muß der Gewinn enorm gewesen sein. Die Welsler unterhielten ein großes, weitverzweigtes Weltgeschäft. Sie tauchten die Produkte des Orients mit denen des Occidents aus. Mit der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien und mit der Amerikas ist thatsächlich nur der Handel Venedigs niedergegangen. Die Deutschen benutzten die veränderten Handelswege. Im Jahre 1502 schlossen die Welsler mit dem König von Portugal einen Vertrag, nach welchem ihre Schiffe unter portugiesischer Flagge von der Pfefferküste Pfeffer nach Europa brachten. Dieses Geschäft hat ihnen 150 Prozent Reingewinn gebracht. 27 Jahre lang unterhielten sie auch eine Kolonie in Venezuela in Südamerika. Da es dieser Kolonie aber an Schutz von der Heimath fehlte, mußte sie aufgegeben werden. Um diese Zeit hatten sich die Zuger schon wesentlich von dem Waarenhandel zurückgezogen und widmeten sich vorzugsweise dem Bergwerks- und Bankiergeschäft. Bis zum 14. Jahrhundert war das Bankiergeschäft in den Händen der Lombarden und Juden gewesen. Da die Könige und Fürsten sich fast stets in Geldverlegenheiten befanden, machten sie bei dem Hause Zuger Anleihen, welches ihnen auch, sofern kein Verlust zu befürchten war, bereitwillig Geld zu mäßigen Zinsen gab. Die Zuger ließen sich aber dafür Monopole und Privilegien von den Fürsten bewilligen, die ihnen Unsummen einbrachten. Der politische Einfluß der Zuger war hundertmal größer als jetzt der des Großkapitals ist. Nüchtern sich doch ein Zuger, Kaiser Karl V. auf den Thron gesetzt zu haben! Auch auf die Reformation haben die Zuger ihren Einfluß geltend gemacht. Die Welsler und die Zuger sind fürstliche Geldfürsten gewesen. Sie waren große Förderer der Kunst und haben auch Spitäler und Kirchen gebaut. Nicht durch die Fürsten, sondern durch die Zuger wurde die deutsche Kunst zur Blüthe gebracht. Das schönste Denkmal haben sich die Zuger durch die Zuggerei in Augsburg gesetzt. Dieselbe besteht aus 51 kleinen Häusern, in welchen 106 Familien für je 10 Mark Jahresmiete Wohnung gewährt wird. Seit die Zuger Reichsgrafen geworden waren, konnte es ihnen nicht mehr ziemen, Handel zu treiben und sie zogen sich von den Geschäften zurück. Nicht so gut erging es den Welslern. Sie haben im Jahre 1614 fallirt; der Handel ging zu dieser Zeit nämlich aus politischen Gründen immer mehr zurück.

**u. Abiturienten-Examen.** An dem kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium wurde gestern die mündliche Abiturienten-Prüfung abgehalten; das Zeugniß der Reife wurde sechs Examinanden ertheilt; einer derselben war auf Grund vorzüglicher Leistungen in der schriftlichen Prüfung von dem mündlichen Examen dispensirt worden. Ein Examinand war von der mündlichen Prüfung zurückgetreten, und einem konnte wegen ungenügender Leistungen in dem Examen das Maturitäts-Zeugniß nicht ertheilt werden.

**\* Feuer.** Gestern Abend 11 Uhr war im Hause Obere-Mühlentstraße Nr. 17 in einer Wachsfläche in der ersten Etage unter der Kochmaschine die Dielung und Balkenlage in Brand gerathen. Nachdem von der alarmirten Feuerwehr der Kochherd beseitigt, wurde das Feuer mit einer kleinen Handpistole schnell gelöscht.

**u. Von einem Kettenhunde gebissen** wurde gestern Mittag ein Laufbursche einer hiesigen Druckerei auf dem Hofe des Gasthauses zur Stadt Breslau vor dem Berlinerthor, als er daselbst eine Bestellung ausrichten wollte. Der Hund, welcher weder angebunden war, noch einen Maulkorb trug, brachte dem Burschen vier nicht unerhebliche, schmerzhaftes Bisswunden an den Beinen bei. — Der Besitzer des Hundes gab dem Knaben als Entschädigung — 50 Pfennige!

**\* Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: eine Bauersfrau von außerhalb, welche in betrunkenem Zustande in dem Glacis ruhestörenden Lärm verübt hatte. — In das Polizei-Gewahrsam geschafft: ein betrunkenen Trödler aus der Halldorffstraße. — Zugelassen: ein Hühnerhund Alter Markt Nr. 45. — Zugelassen: eine Taube Bismarckstraße Nr. 5. — Verloren: ein blaues, braunfarbtes Plaid auf dem Wege von der Mühlentstraße durch das Kirchhofsthor nach Solacz und eine dreireihige Korallenfette von der Louisen- nach der Wallstraße.

**\* [Wasserstand der Warthe.]** Telegramm aus Schrimm vom 11. März cr.: gestern 1,47 Meter, heute 1,84 Meter, jedoch Beginn des Eisgangs.

## Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

**× Schroda, 11. März.** [Diebstahl.] Aus der neben dem katholischen Kirchhofe stehenden Scheune des Ackerbesizers Rybick, von hier sind in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag mittelst Einbruchs mehr als 20 Zentner Roggen gestohlen worden. Wie die auf dem aufgeweichten Boden zurückgelassenen Spuren zeigten waren die Diebe mit einem Fuhrwerk erschienen und hatten nach vollendeter Arbeit den Weg in der Richtung nach Dembicz eingeschlagen. Den Bemühungen der Polizei gelang es noch am Sonntag den Bauer D. aus Dembicz-Kolonie zur Untersuchungshaft zu bringen. D., der bereits wegen Diebstahl und Widerstand gegen die Staatsgewalt verschiedentlich vorbestraft ist, soll bereits gestanden und mehrere bei dem Diebstahl mitbetheiligte Personen namhaft gemacht haben.

**E. Snorczlaw, 11. März.** [Der hiesige Vorshußverein] E. G. mit beschränkter Haftpflicht, hielt gestern Abend eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Dieselbe wurde von dem Direktor des Vereins, Rechtsanwalt Neubert, eröffnet. Die Versammlung ertheilte u. A. die Genehmigung zum Verkauf des Rittergutes Skalmirwitz zum Selbstkostenpreise. Sodann erfolgte der Geschäftsbericht und die Rechnungslegung. Der Geschäftsbetrieb hat einen bedeutenden Umfang angenommen; der Rechnungs-Abschluß vom 31. Dezember v. J. balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 3304 418,39 M. Die Vermögensbilanz schließt in den Aktiven und Passiven mit 860 868,08 M. Der Gewinnanteil der Mitglieder befreit sich auf 2336,04 M. Die Versammlung ertheilte dem Vorstande und dem Aufsichtsrathe die beantragte Entlastung. Ebenso wurde die Dividende, wie vorgeschlagen, von 5 Proz. festgesetzt. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. Es wurden die Herren Rechtsanwalt Neubert als Direktor, L. Siwert als Rentant und C. Auerbach als Kontrolleur wiedergewählt. Die Beschlüssen der Vorstandsmitglieder wurden denen des Vorjahres gleich festgesetzt. Bei der Ergänzungswahl des Aufsichtsraths wurden Kupferhämmermeister Kade wieder- und Kaufmann Boegel und Kreistassenkontroleur Wellmiz neugewählt. Schließlich erfolgte die nachträgliche Genehmigung von Gratifikationen an den Rentanten und Vereinsboten im Betrage von 150 M. resp. 75 M.

**S. Thorn, 11. März.** [Ein schrecklicher Unglücksfall] hat sich gestern hier ereignet. Zwei nahe der Aufbrücke mit Eisackten beschäftigte Fortifikationsarbeiter fielen Nachmittags in die Weichsel und ertranken. Wie verlautet, soll eine Scholle, auf welcher die Arbeiter standen, plötzlich geborsten sein und so das Unglück herbeigeführt haben. Die Leichen der beiden Verunglückten, von denen der eine Familienwater



war, wurden zwar bald gefunden; alle Belebungsversuche blieben jedoch erfolglos und mußten die Leichen daher nach der Todtenkammer gebracht werden.

### Vermischtes.

**Ueber einen entsetzlichen Brudermord** wird aus Köln berichtet: Der Musiker Jagbender in G. Leuel bei Köln hatte gegen seinen Bruder einen Haß, weil er glaubte, daß die Mutter denselben gegen ihn bevorzugte. Am Sonnabend gab die Mutter letzterem 100 M., um neue Kleider einzukaufen. Als Jagbender dies erfuhr, entbrannte der Haß gegen den Bruder in ihm derart, daß er beschloß, ihn zu tödten. Er schloß mit demselben in einem Zimmer und in einem Bett. Als der Bruder eingeschlafen war, zündete Jagbender, wie er jetzt eingestand, etwa 10 Zündhölzer an, um eine Stelle am Kopfe ausfindig zu machen, wo er denselben tödlich treffen könne; dann feuerte er aus einem Revolver einen Schuß gegen die Schläfe des Schlummernden, der tödlich verletzt wurde. Sodann kleidete Jagbender sich aus und legte sich, unbekümmert um sein mit dem Tode ringendes Opfer, neben dasselbe und schlief bis gegen 5 Uhr Morgens. Dann kleidete er sich, nachdem er sich überzeugt hatte, daß der Ermordete verschieden war, wieder an und ging nach Köln, um den Verdacht der Thäterschaft von sich zu lenken. Mittags, als er nach G. Leuel zurückkehrte, war die Kunde von dem Morde bereits bekannt und Jagbender stellte sich sehr betrübt über die schauerliche That. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich indes gleich gegen ihn, er wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter in Köln vorgeführt. Nach 1 1/2 stündigem Verhör gestand Jagbender ein, daß er den Bruder aus Haß ermordet habe. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters sollte der Verbrecher nun im Zellenwagen nach der Strafanstalt am Klingelpütz gebracht werden. Kaum hatte der wachhabende Schutzmann den Mörder in die Zelle des Wagens eingeschlossen, als in derselben ein Schuß abgegeben wurde. Als der Beamte die Thür öffnete, sah er, daß Jagbender sich mit einem Revolver in den Kopf geschossen. Er wurde nach dem Hospital geschafft. Die Verletzung, die er sich beigebracht, ist tödlich.

### Vom Wochenmarkt.

**s. Posen, 12. März.** Der Zentner Roggen 8,25 M. Weizen bis 9,10 M. Gerste bis 8 M. Hafer bis 8,10 M. Blaue Lupinen 7—7,50 M. Saatlupinen 8 M. Weizen Mehl, der Zentner 42 M. Der Zentner Hen 2,50 bis 2,60 M. Das Schock Stroh 34 bis 36 M. Kartoffeln waren dem Alten Markte reichlich zugeführt, der Zentner 1,30—1,40 M. Brücken, der Zentner 1,20 M. Geflügel reichlich. Ein Putzschaf von 4,75 bis 8,75 M. Eine Putzhenne von 3,75 bis 5 M. Ein Paar Hühner 2,75—3,50 M. Eine Gans von 4—8,50 M. Ein Paar Enten bis 3,50 M. Eier, die Mandel 60 Pf. Butter, das Pfund 1—1,10 M. Backbutter 85—90 Pf. Grünzeug reichlich und zu bisherigen Preisen. Ein Kopf blaues Kraut bis 12 Pf. Ein Kopf weißes Kraut 10 Pfennige. Ein Kopf Blumenkohl bis 40 Pfennige. Der Viehmarkt war heute mit einem größeren Angebot in Fettvieh versehen. Der Zentner Lebend-Gewicht 44 bis 46 M. Ferkel und Jungschweine fehlten ganz. Kälber gegen 40 Stück. Preise pro Pfund Lebend-Gewicht 27 bis 32 Pf. Hammel, das Pfund Lebend-Gewicht 22 Pfennige. Kinder (Schlachtvieh) fanden 6 Stück zum Verkauf, etwas unter den bisherigen Preisen gehandelt. Der Markt war besser besucht, das Geschäft trotzdem nicht lebhaft genug. Der Fischmarkt hatte kein bedeutendes Angebot. Das Pfund Hechte 60—70 Pfennige, Karpfen 65 bis 90 Pfennige, Aale 35 bis 40 Pfennige, Barbe 40—50 Pf. Zander 40—60 Pf. kleine Welse 55—60 Pf. Der Markt war mäßig besucht. Der Fleischmarkt war dagegen besser besucht, verkehrte lebhaft. Das Angebot auf dem Sapiehaplaze war im Ueberflusse. Geflügel, namentlich Puten, Hühner, auch Gänse reichlich und zu bisherigen Preisen. Eier, die Mandel 60—65 Pf. Butter, das Pfund 1—1,10 M. Das Pfund Aepfel 20—25 Pf. Küchenwurzeln in großer Auswahl, reichlich.

### Handel und Verkehr.

**\*\* Berlin, 11. März.** [Konkurs-Nachrichten.] In dem Konkurs über das Vermögen 1) des Kaufmanns Carl Otto hier wurde dem Verwalter Göbel in dem Rechtsanwalt Viber, dem Direktor des Deutschen Kreditoren-Verbandes Th. Seligmann, Grünstraße 5/6 und dem Kaufmann Wendt, Königsstr. 37 ein Gläubigerausschuß zur Seite und den Forderungen ohne Vorrecht von 20 400 M. eine Dividende von 14 Prozent in Aussicht gestellt. 2) des Kaufmanns Max Löwenstein stellte der Verwalter Conrad im ersten Termin den Forderungen ohne Vorrecht von 9400 M. eine Dividende von 20 Prozent bei Durchführung des Verfahrens in Aussicht. Der Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Robert Liebing findet seine Beendigung durch einen heute vom Amtsgericht I. bestätigten Accord. Durch denselben erhalten die Gläubiger statt 17 Prozent der Masse, 25 Prozent ihres Guthabens. — Konkurs ist eröffnet über das Vermögen des Kaufmanns Simon Liebert hier, Wichmannstr. 19, in Firma Vintus u. Liebert hier, Brüderstr. 1. Konkursverwalter ist der Kaufmann Brindmeier, Potsdamerstr. 122a. Anmeldefrist 30. April. Termin 28. März d. J.

**\*\* Berlin, 11. März. Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Gleich. Starke Zufuhr, schleppendes Geschäft, Schweinefleisch billiger. Wild und Geflügel. Ruhiges Geschäft, Hebe und Wildschweine billiger abgegeben. Geflügel unverändert. Fische. Zufuhr in lebenden Fischen etwas reichlicher, in Seefischen knapp, Preise gut. Geschäft lebhaft. Butter und Käse. Zufuhren starker; da der Bedarf nicht mitgeht, ist die Stimmung zur Zeit etwas flau. Preise behauptet. Gemüse unverändert. Obst und Südfrüchte. Valencia-Äpfel stark steigend.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—58, IIa 45—52, IIIa 38—44, Kalbfleisch Ia 58—65, IIa 45—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 45—48, Schweinefleisch 58—64, Bafonier do. — M., russisches do. 50—52 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 85—100 M., Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo. Wild. Damwild per 1/2 Kilo 0,50—0,65, Rothwild per 1/2 Kilo 0,40—0,50, Rehwild Ia 0,80—0,90, IIa bis 0,70, Wildschweine 0,35 bis 0,45 M.

Wildgeflügel. Fasanenbühne 4,50—6,00 M., Vorkühne 2,00—2,25 M., Wildenten 1,50—2,00 M., Seeenten 0,40—0,50 M., Schneehühner 0,90—1,20 M., Krammetsvögel — M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse 7—7,50 M., Enten 1,70 bis 2,50 M., Puten 4,00—6,00 M., Hühner, alte 1—1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50—0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogr. 66—71 M., Zander 67—81 M., Barbe 62 M., Karpfen, große 85 M., do. mittelgroße 70 M., do. kleine 69 M., Schleie 92 M., Bleie 37—40 M., Aale 47—51 M., bunte Fische (Welse u.) 34—35 M., Aale — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Krebse, große pr. Schock — M., mittelgr. 4—6 M., do. kleine, 10 Centimeter, 2,25—2,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 108—112 M., IIa. 100 bis 105 M., schlechte, pommerse und posensche Ia. 106—110 M., do. do. IIa. 100—105 M., aer. Hofbutter 87—95 M., Landbutter

75—85 M. — Eier. Hochprima Eier 2,75 M., Kalkier — M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisefartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rimpische Delfkate 5—6 M., Zwiebeln 8,50—10,00 M., per 50 Kilogr., Mörrüben lange per 50 Liter 1 M., Blumenkohl, per 100 Kopf 25—28 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, franz. 100 Kopf 10—12 M., Spinat per 50 Str. 3,50—4,00 M., Kochäpfel — M., Tafeläpfel, tyroler — M., p. 50 Kilo, Nüsse, per 50 Kilo franz. Marbots 28—31 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Haselnüsse, rund. Sicilianer 26—28 M., do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Paraniße 35—48 M., franz. Krahmandeln 95—100 M., Apfelsinen, Messina, 11—15 M., Zitronen, Messina 9—14 M. per 50 Kilo.

**Bromberg, 11. März.** (Bericht der Handelskammer.) Weizen: feiner 178—182 M., geringer nach Qualität 170—176 M., feinstes über Notiz. — Roggen nach Qualität 158—162 M., feinstes über Notiz. — Braugerste nominell 160—165 M., Futtergerste 140—150 M. — Hafer nominell nach Qualität 150—160 M. — Ruch-erbsen 160—170 M. — Futtererbsen 140—155 M. — Widen 150—160 M. — Spiritus 50er Konsum 51,50, 70er 32,00 M.

**\*\* Washington, 10. März.** Nach dem Bericht des landwirtschaftlichen Bureau bleiben von der Maisernte 45 Prozent oder 970 Millionen Scheffel und von der Weizenernte 31 Prozent oder 156 Millionen Scheffel noch in den Händen der Landwirthe. Der Vorrath an Mais ist der größte, welcher im März jemals vorhanden gewesen ist, dagegen wird die für die Ausfuhr verfügbare Quantität von Frühjahr- und Winterweizen bis Juli nur klein sein.

### Telegraphische Nachrichten.

**Frankfurt a. M., 12. März.** [Privat-Telegramm der „Pos. Ztg.“] Ober-Staatsanwalt Schmieden, früher Staatsanwalt in Posen, ist gestern Abend in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

**London, 12. März.** Der Schriftwechsel zwischen der deutschen und der englischen Regierung betreffs der Berliner Konferenz ist soeben veröffentlicht; derselbe enthält nur Bekanntes und schließt mit einem Schreiben Salisburys an den Grafen Hayfild vom 6. März, in welchem die Einladung endgültig angenommen und in Aussicht gestellt wird, die Namen der britischen Vertreter demnächst mitzutheilen.

**Madrid, 12. März.** Die Regierung hat die Einladung Deutschlands zu der Berliner Konferenz angenommen und wird drei Vertreter nach Berlin entsenden.

**Elberfeld, 12. März.** Das Landgericht hat den Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses gegen den wegen Mordes verurtheilten Biethen abgelehnt.

**Paris, 12. März.** Die Delegirten haben den Gewerbe-Inspektor Laporte, den französischen Generalkonsul in Leipzig Jacquot und den Rabinetschef und Senatspräsidenten Lebon zu technischen Beiräthen gewählt.

**Bukarest, 12. März.** In der Kammer haben gestern der Domaineminister Peucesco und der Ministerpräsident Mano wiederholt die Solidarität des Kabinetts betont. Die Kammer lehnte mit 73 gegen 52 Stimmen die Anträge auf ein Tadelsvotum gegen den Domaineminister ab, ebenso mit 78 gegen 51 Stimmen die Ertheilung der Zensur.

**Zanzibar, 12. März.** Wismann hat am 8. und 9. März die letzten von Banaheri gesammelten Truppen zerstreut. Der Feind hatte 40 Tode, deutscherseits ist ein Europäer todt, fünf Farbige sind verwundet.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reuz. in mm; 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
11. Nachm. 2	761,4	SW stark	bedeckt	+ 8,0
11. Abends 9	761,6	SW mäßig	bedeckt	+ 4,6
12. Morgs. 7	763,2	W stark	bedeckt	+ 5,9

1) Fröh. Nebel.  
Am 11. März Wärme-Maximum + 8,1° Cel.  
Am 11. = Wärme-Minimum — 0,7° =

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. März	Mittags 1,46 Meter.
= 12. =	Morgens 1,66 =
= 12. =	Mittags 1,68 =

### Börse zu Posen.

**Posen, 12. März.** [Amtlicher Börsenbericht.] Spiritus. Gefündigt — L. Regulirungspreis (50er) 52,80, (70er) 33,20. (Loko ohne Faß) (50er) 52,80, (70er) 33,20. August (50er) —, (70er) 34,70.  
**Posen, 12. März.** [Börsenbericht.] Spiritus fester. (Loko ohne Faß) (50er) 52,80, (70er) 33,20. August (50er) 54,30, (70er) 33,70.

### Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen vom 12. März 1890.

Gegenstand.	gute W.	mittel W.	gering. W.	Mitte.
Weizen	höchster pro —	—	—	—
niedrigster	—	—	—	—
Roggen	höchster pro —	16 40	16 20	16 25
niedrigster	—	16 30	16 10	—
Gerste	höchster Kilo —	15 80	15 —	15 20
niedrigster	—	15 50	14 50	—
Hafer	höchster gramm —	16 —	—	—
niedrigster	—	15 50	—	15 75

### Andere Artikel.

	höchst.	niedr.	Mitte.		höchst.	niedr.	Mitte.
Stroh	pro 100 Kilo	6 —	5 75	5 88	Bauchfl.	pro 100 Kilo	1 20
Nicht-Krumm-	—	—	—	—	Schweine-	—	1 40
Seu	5 75	5 50	5 63	5 63	Fleisch	1 20	1 10
Erbsen	—	—	—	—	Kalbsteisch	1 20	1 10
Linzen	—	—	—	—	Hammelfl.	1 20	1 10
Bohnen	—	—	—	—	Speck	1 80	1 60
Kartoffeln	3 20	2 60	2 90	2 90	Butter	2 40	1 80
Rindfl. v. b.	—	—	—	—	Rind-Nieren-	1 —	80 —
Heule v. 1 kg	1 40	1 20	1 30	1 30	talg	2 50	2 40
					Eierpr. Schd.	2 50	2 40

### Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
Bozen, den 12. März.			
Pro 100 Kilogramm.			
Weizen	19 M. —	18 M. 40 Pf.	17 M. 10 Pf.
Roggen	16 = 50 = 16 = 30 = 16 = — =		
Gerste	17 = 20 = 14 = 90 = 13 = 10 =		
Hafer	16 = 20 = 15 = 60 = 15 = 20 =		
Kartoffeln	3 = 20 = 2 = 40 = — = — =		
Lupinen gelbe	15 = 20 = 14 = 50 = — = — =		
Lupinen blaue	15 = 20 = 14 = 20 = 13 = — =		

Die Marktkommission.

### Börsen-Telegramme.

Berlin, 12. März. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Bozen.)			
Not. v. II.			
Weizen flau	195 — 196 25	Spiritus ermattend	Not. v. II.
pr. April-Mai	193 75	70er Loko o. Faß	34 30
pr. Juni-Juli	195 —	70er April-Mai	34 10
Roggen flau	169 50	70er Juni-Juli	34 70
pr. April-Mai	166 — 167 50	70er Aug.-Septbr.	35 50
pr. Juni-Juli	166 — 167 50	50er Loko o. Faß	54 30
Rübsöl fest	67 — 66 50		
pr. April-Mai	67 — 66 50		
pr. Septbr.-Oktobr.	57 — 56 90		
Hafer			
pr. April-Mai	162 75		
pr. Juni-Juli	163 50		
Ründigung in Roggen — Wspl.			
Ründigung in Spiritus (70er) —, 000 Liter, (50er) —, 000 Liter.			
Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)			Not. v. II.
do. 70er Loko	34 30		34 50
do. 70er April-Mai	34 10		34 40
do. 70er Juni-Juli	34 70		34 90
do. 70er Juli-August	35 20		35 40
do. 70er Aug.-Septbr.	35 60		35 70
do. 50er Loko	54 30		54 50

Not. v. I.			
Konolidirte 48 Anl. 106 40	106 40	Poln. 58 Pfandbr.	66 50
3 1/2 „ 102 40	102 30	Poln. Liquid.-Pfandbr.	61 10
Boj. 48 Pfandbriefe 102 —	102 —	Ungar. 48 Goldrente	87 50
Boj. 3 1/2 Pfandbr.	99 60	Ungar. 58 Papierr.	84 30
Boj. Rentenbriefe	103 70	Deutr. Kred.-Akt.	173 —
Deutr. Banknoten	171 50	Deutr. fr. Staatsb.	94 —
Deutr. Silberrente	75 40	ombarden	59 —
Russ. Banknoten	222 10	Fondstimmung	
Russ. 4 1/2 Pfandbr.	99 —	fest	
Deutr. Südb. G. S. A.	88 50	Schwarzlopf	241 —
Matz Lubwighsdto	123 —	Rönlgs-u. Laurah.	156 75
Marimb. Mawdto	58 75	Dortm. St. Pr. La. A.	104 10
Italienische Rente	92 75	Snwrazl. Steinsalz	50 40
Russ. 4 1/2 Anl. 1880	94 50	Ultimo:	
dto. zw. Orient-Anl.	69 —	Dux-Bodenb. Gf. 5216	215 75
dto. Bräm.-Anl. 1866	—	Elbthalbahn	99 90
Rum. 6 1/2 Anl. 1880	104 —	Galizier	84 —
Türk. 18 konj. Anl.	18 —	Schweizer Ctr.	149 90
Boj. Provinz. B. A. 113	60 113	Deut. Handelsgezell.	180 50
Landwirthsch. B. A.	—	Deutsche B. Akt.	170 50
Boj. Spritfabr. B. A.	85 —	Diskonto Kommand.	236 75
Gruson Werke	169 50	Russ. B. f. ausw. S.	74 50
Nachbörse: Staatsbahn	95 90	Kredit	173 50
Rom. 237 —		Diskonto	

**Stettin, 12. März.** (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Not. v. I.			
Weizen flau	188 — 189 —	Spiritus ermattend	Not. v. II.
pr. April-Mai	190 — 191 —	per Loko 50 M. Wg.	53 70
pr. Juni-Juli	190 — 191 —	„ 70	34 20
		„ April-Mai 70 M.	34 30
		„ Aug.-Septbr. =	35 —
Roggen matt		Petroleum*)	
pr. April-Mai	165 50	do. per Loko	11 90
pr. Juni-Juli	165 — 165 50	do. per Loko	11 90
		Hafer	
		do. per Loko	

\*) Petroleum loco versteuert Uance 14 pSt.  
Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depechen werden im Morgenblatte wiederholt.

### Wetterbericht vom 11. März, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. reuz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Mullaghamor.	762	SW	7 bedeckt	11
Aberdeen.	752	SW	5 bedeckt	11
Christianund	729	SW	8 Regen	4
Kopenhagen	757	SW	4 Regen	3
Stockholm.	748	S	6 Schnee	1
Saparanda	747	SW	2 bedeckt	—12
Petersburg	765	SW	2 wolkenlos	—5
Moskau	769	SW	1 heiter	—1
Cork Queenst	768	W	4 wolfig	11
Gherbourg	772	SW	4 bedeckt	10
Helder	764	SW	4 wolfig	5
Sylt.	758	SW	5 Dunst	5
Hamburg	763	SW	5 Regen	4
Ewinemünde	764	SW	6 Regen	2
Neufahrwass.	766	S	4 wolfig	1
Memel	—	—	—	—
Paris	773	SW	2 bedeckt	8
Münster	767	SW	4 Regen	5
Karlsruhe	773	SW	4 bedeckt	4
Biesbaden	772	SW	1 Regen	3
München	774	SW	4 heiter	0
Chemnitz	771	SW	5 wolfig	3
Berlin	767	SW	3 Regen	4
Wien	775	W	1 wolkenlos	1
Breslau	771	S	4 wolkenlos	0
Ne d'Alx.	777	SW	3 bedeckt	7
Nizza	770	SW	3 wolkenlos	7
Triest	769	SW	2 wolkenlos	6

### Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

### Ueberblick der Witterung.

Ein Minimum, unter 729 mm, liegt an der mittleren norwegischen Küste, in Wechselwirkung mit einer Zone hohen Luftdruckes, die sich vom Biscayischen Busen ostwärts nach dem südlichen Rußland erstreckt, im Nord- und Ostseegebiete starke, stellenweise förmliche südliche bis westliche Winde verursachend. In Deutschland ist das Wetter im Norden warm, trübe und regnerisch, im Süden wolfig, bei nahezu normalen Wärmeverhältnissen. In Saparanda wurde Nordlicht beobachtet.

Deutsche Seewarte.